

# Volkstimme

Einzelpreis 5.00 M.

Sozialdemokratische Zeitung für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Panitz, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pann-  
sch & Co., Magdeburg, Große Ringstraße 2. Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die  
Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postzustellungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Abhätlich 100.00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich  
97.00 Mark. — Inzeigengebühr: die beschriftete Sonntagsbeilage 3.00 Mark, auswärts 12.00 Mark, im  
Reklameteil Seite 30.00 Mark, auswärts 45.00 Mark. Veranlagungsbeitrag 3.00 Mark. Anzeigenabdruck geht verloren,  
wenn nicht binnen 20 Tagen Zahlung erfolgt. Postfachkonto: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 214.

Magdeburg, Mittwoch den 13. September 1922.

33. Jahrgang.

## Kleinasiatische Gefahren.

Wir sind jetzt in der letzten Episode der Kriegszeit und wir erleben den Rest der Auswirkungen des Krieges. Diese Worte gebrauchte bei der Tagung der Völkerbundsversammlung in Genf Lord Balfour, um das Verjagen der Völkerbundspolitik zu rechtfertigen und die Ohnmacht darzutun, in der der Völkerbundrat den politischen Geschehnissen in der gesamten Welt sich gegenüberübersteht. Tatsächlich: die Völker der Staaten, die aus dem Weltkrieg als Besiegte hervorgegangen sind, verspüren zur Genüge Tag für Tag „den Rest der Auswirkungen des Krieges“. Noch ist kein Ende abzusehen, wann sich dieser Rest ausgedehnt haben wird. Auch die breiten Massen in den sogenannten Siegerstaaten bekommen immer mehr zu spüren, wie der jahrelange Krieg einen großen Teil der europäischen Kultur vernichtet

und das Wirtschaftsleben, wenn nicht zerstört, so doch so gestört hat, daß die Völker immer weiter in Elend und Not versinken, gleich, als ob der Krieg auf dem Schlachtfeld noch weiter ginge.

In Kleinasien spielen sich in der Tat wieder heftigste Kämpfe zwischen den Truppen zweier Staaten ab, und alle zur Hande vorliegenden Meldungen deuten darauf hin, daß eine endgültige Wendung auf diesem Kampfplatz eingetreten ist, und bereits von dieser Woche ab der Kampf mit den Waffen eine Fortsetzung in diplomatischen Verhandlungen finden wird. Denn es scheint Kemal-Pascha gelungen zu sein, die griechischen Truppen in Kleinasien vollkommen zu schlagen und deren Hauptstützpunkt an der anatolischen Küste, Smyrna, endgültig in seinen Besitz zu bringen. Damit wird mit einem Schläge die ganze

Kleinasiatische Orientfrage wieder aufgetischt und der scharfe Gegensatz zwischen der Orientpolitik Englands und Frankreichs ausgelöst. Hatte die englische Politik mit ihrem imperialistischen Expansionsstreben in Asien vor dem Weltkrieg mit Rußland als Gegner zu rechnen, so ist seitdem Frankreich an die Stelle des russischen Reiches getreten. Nirgends stoßen die Gegensätze der beiden Mächte, die in Europa angeblich eine Entente noch eint, schärfer zusammen als in dem Wetterwinkel Kleinasiens, der durch den Vertrag von Sèvres, ein dem Vertrag von Versailles ebenbürtiges Gebilde, geschaffen wurde. Das Kleinasien der Nachkriegszeit hat

die Rolle des Balkans vor 1914 übernommen. Kein Mensch würde sich wundern, wenn die englisch-französischen Gegensätze auf dem alten historischen Boden Kleinasiens in scharfer Form zusammenstießen. Unsere Nationalisten haben keinen feindlichen Wunsch, als daß dem so sein möge.

Doch irren wir Deutsche uns nicht! Hoffen wir nicht auf eine Besserung der Lage Deutschlands dadurch, daß sich England und Frankreich in nahen oder fernen Osten in die Haare geraten. Schon jetzt gewinnt man den Eindruck, daß das Interesse an der Regelung der europäischen Fragen erlahmt, daß vor allem England sich gezwungen sieht, seine ganze Aufmerksamkeit der Entwicklung der Dinge in Asien zu schenken, wo seine überragende Stellung als Weltmacht allzu leicht den schwersten Angriffen ausgesetzt sein kann. Schon drohen die türkischen Nationalisten mit einem

Vormarsch gegen Mesopotamien und Indien, sollte ihnen nicht Konstantinopel und selbst Adrianopel wieder ausgeliefert werden. Wird aber England in eine aktivere Politik oder gar kriegerische Ereignisse zwischen dem Bosporus und Indien verwickelt, so bedeutet das in Europa nur eine Stärkung der französischen Stellung, und das Übergewicht, das Frankreich bei der Lösung der europäischen Nachkriegsfragen bisher schon besitzt, wird nur erhöht werden. Nach den bitteren Erfahrungen der letzten Jahre kann das keineswegs im Interesse Deutschlands liegen. Der Wiederaufbau Europas, die endgültige Lösung des Reparationsproblems erheischt dringend, daß die Orientfrage möglichst rasch und auf dem Weg allseitiger Verständigung gelöst wird und daß der Friede von Sèvres einem wirklichen Friedensvertrag Platz macht, auf daß der Vertrag von Versailles ihn folge.

**Nach der griechischen Niederlage.**  
Allgemeine Orientkonferenz?  
Die Niederlage der Griechen hat in England große Besorgnisse hervorgerufen, aber auch in Frankreich wird eifrig diskutiert, wie ein Ausweg aus dem Sclammassel gefunden werden könnte, ohne mit Eng-

land zu brechen. Die englische Regierung hat nach Pressemeldungen der französischen Regierung mitgeteilt, daß angeht die Schwierigkeiten, die sich im Orient entwickelt haben, eine Konferenz über die Regelung der Verhältnisse zwischen Griechenland und der Türkei in ihrer ursprünglichen Form gegenstandslos sei und daß es sich nunmehr um die viel ernstere Frage einer allgemeinen Friedensregelung im Orient handle. Infolgedessen sei es notwendig, daß vor irgendeiner Zusammenkunft befriedigende Besprechungen zwischen dem Kabinetten von London, Rom und Paris sowie der Regierung von Angora stattfinden, um die Verhandlungen über eine allgemeine Regelung der Orientfrage zwischen Europa und der Türkei und über eine Abänderung des Vertrags von Sèvres vorzubereiten.

**Vormarsch der Türken auf Konstantinopel?**  
Das Ziel der türkischen Nationalisten ist die Errichtung eines unabhängigen türkischen Staates, einschließlich Konstantinopel, der Dardanellen und der Stadt Adrianopel. Eine unabhängige Türkei wollen aber England und Italien so wenig wie Frankreich und Rußland. Der Streit geht um die Vorherrschaft in Kleinasien.

Um das den Türken vorzuzugewinnen, haben sich englische, italienische und französische Truppen an den Dardanellen bereinigt, um einen stark besetzten Vormarsch der siegreichen Türken auf die Dardanellen und Konstantinopel zu verhindern. Englische Kriegsschiffe haben sich in die Dardanellen begeben, und aus Malta wird gemeldet, daß dort zwei englische Batterien bereitstehen, um nach Konstantinopel überführt zu werden.

Nach einer Meldung der „Times“ haben die alliierten Kommissare in Konstantinopel der Angora-Regierung mitgeteilt, daß die Alliierten unter keinen Umständen irgendeine Verletzung der neutralen Zone, die den Bosporus und die Dardanellen einschließt, durch die kemalistische Armee dulden werden.

Das türkische Selbstbewußtsein und Nationalgefühl ist auf der andern Seite durch den Sieg über die Griechen gesteigert und die türkische Presse fordert den Krieg gegen die Alliierten, falls die Dardanellen nicht freigegeben würden. In Konstantinopel sind bei den türkischen Siegesfeiern bei einigen Gefandtschaften Fensterzerben eingeschlagen worden und eine Bewegung ist im Gange, um die Regierung in Konstantinopel durch die von Angora zu ersetzen.

**Grenznachrichten.**  
Zum Kriegszügen gehört auch die Verbreitung von Nachrichten über Grausamkeiten des Gegners, von welchen wir nachstehend einige wiedergeben:  
Die Griechen haben die Stadt Hissali und die Dörfer in der Umgebung in Brand gesetzt.  
„Daily Telegraph“ schreibt, daß aus dem Inneren Kleinasiens und aus Smyrna eingetroffenen Amerikanern und andern Christen zufolge die Griechen auf ihrem Rückzug furchtbare Grausamkeiten an Mohammedanern gewisser Städte, vor allem Adras, verübt hätten.  
Die Griechen lassen sich aus Konstantinopel berichten: Die Kemalisten haben alle griechischen Angestellten der Labatregie in Ghionen bei Panderema umgebracht.  
Andre Pressemeldungen berichten von Plünderungen beim Einzug der türkischen Truppen in Smyrna. Mit Hilfe englischer Matrosen sei die Ordnung wieder hergestellt worden.

Alle derartige Meldungen sind mit Vorsicht aufzunehmen. Wir wissen aus Erfahrung, daß während eines Krieges Grausamkeiten auf allen Seiten vorkommen, wir wissen aber auch, wie viel gelogen wird — auf allen Seiten.

### Wie wird Belgien entscheiden?

Nach dem Mechanismus der Entscheidung, die von der Reparationskommission gefällt worden ist, würde Belgien im Fall eines endgültigen Scheiterns der Verhandlungen Deutschland auffordern können, 270 Millionen Goldmark sofort bei ausländischen Banken zu hinterlegen. Käme Deutschland diesem Verlangen nicht nach, so müßte sich Belgien wieder an die Reparationskommission wenden, und diese hätte sich erneut mit der Frage zu beschäftigen, ob ein verjährbares Verzeichnis Deutschlands vorliege.

Die Reparationskommission hat aber gerade den Weg der direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien freigelegt, weil sie eine eigene Entscheidung vermeiden wollte. Unfähig, eine solche zu treffen und vor die Gefahr einer schweren internationalen Konflikt herbeizuführen, wählte sie den Weg des Kompromisses. Sie selbst kann nicht wollen, daß sie durch ein Scheitern der Verhandlungen in den Fehlerkreis ihrer Verlegenheiten zurückgeworfen wird.

Wenn sich die belgische Regierung von dem Bestreben leitet, sich den Bezug des ihm zustehenden Betrags unberührt zu sichern, so gibt es keinen Menschen in Deutschland, der ihr daraus einen Vorwurf macht. Die Entscheidung der Reparationskommission hat ihr das Recht gegeben, diesen ganzen Betrag binnen 6 Monaten einzuziehen. Wenn die deutsche Regierung für die letzten zwei Drittel eine längere Frist wünscht, so tut sie das in der Absicht, eine absolute Sicherung der Zahlung herbeizuführen. Sie kann zwar nicht behaupten, daß sie in Bezug geraten müßte, wenn sie gezwungen wäre, das Ganze in 6 Monaten zu bezahlen, sieht aber immerhin die Gefahr eines solchen Verzugs und möchte ihr aus dem Wege gehen, um wirklich vollkommen einwandfreie Sicherungen gewährleisten zu können. Die Frage ist also: Kürzere Laufzeit und geringere Sicherheit oder längere Laufzeit und größere Sicherheit.

Diese Frage hat zu einem Stocken der Verhandlungen geführt, wir glauben aber nicht, daß sie zu einem Scheitern führen kann. Die belgische Politik unterscheidet sich von der bisherigen französischen dadurch, daß sie nicht darauf ausgeht, Deutschland als Schuldner abschließend in die Enge zu treiben, um Vorwände für die eigene Machterweiterung zu gewinnen; sie läßt sich vielmehr durch überwiegend wirtschaftliche Erwägungen leiten. Sie will nicht Sanktionen, sondern Bezahlung. Belgien hat bei aller Freundschaft für Frankreich gar kein Interesse daran, sich selber als Gläubiger zu schädigen, damit französische Rhein- und Ruhrprojekte verwirklicht werden können. England wird sich in seinen schweren Orientfragen nicht noch schwerere europäische Sorgen aufladen wollen. So sprechen alle Umstände für eine Entwicklung nicht zum Konflikt, sondern zum neuen Kompromiß.

Wohl um den Abschluß eines Kompromisses zu erleichtern und zu beschleunigen, hat die deutsche Regierung die Staatssekretäre Fischer und Bergman nach Paris entsandt, um sofort zur Verfügung der Reparationskommission zu stehen, falls Belgien irgendwelche Rückfragen an die Reparationskommission für notwendig hält.

### Schafft bewegliche Löhne!

Die kommunistische Presse hat unter großem Aufwand von Papier und Druckerschwärze von den „Erfolgen“ berichtet, die in bezug auf die Preisgestaltung für Lebensmittel das Eingreifen des „Kontrollausschusses“ in Gamborn (Ruhrrevier) erzielte. Die „Erfolge“ bestanden darin, daß unter der Furcht vor Plünderungen die Lebensmittelvorräte usw. im Verkauf von wenigen Stunden zu herabgesetzten Preisen radikal ausverkauft wurden — und Gamborn von allen Lebensmitteln völlig entblößt war, weil neue Vorräte nicht hereinkamen. Die Einwohner, naturgemäß in erster Linie die Arbeiter, gerieten schließlich in außerordentliche Bedrängnis.

Schließlich sah auch der „Kontrollausschuß“ ein, daß die als großzügig ausposaunte kommunistische Politik eine sehr gefährliche Stürzflugpolitik war. Durch das Eingreifen der Behörden beginnt nun in Gamborn die Zufuhr von Lebensmitteln, die zu normalen Preisen verkauft werden, soweit heute überhaupt von einer Korn gesprochen werden kann.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen beabsichtigt nunmehr die schon vor den Krawallen geplanten und inzwischen abschließend durchberathenden Maßnahmen zur Durchführung zu bringen. Insbesondere soll eine zentrale Preisprüfungsstelle in Verbindung mit dem Großhandel in Dortmund eingerichtet werden, um wunderlichen Auswüchsen einzelner Großhandelsfirmen energischer entgegenzutreten zu können. Bei der Beratung wirksamer Maßnahmen hat sich in unangenehmster Weise gezeigt, wie gefährlich das zunehmende Eindringen von ausländischem Kapital in den Großhandel ist, ebenso die Nähe des besetzten Gebiets, wo die Massenkäufe der Ausländer die Preise ganz ungeheuerlich in die Höhe treiben.

So notwendig Maßnahmen gegen Wucher sind, so notwendig ist die Einführung eines beweglichen Lohnsystems, das den Arbeitern die Anpassung ihrer Löhne an die Geldentwertung ohne zeitraubende Verhandlungen gewährleisten, mit andern Worten: die Einführung von Indexlöhnen ist dringend notwendig.



# Weniger Lohn für Ledige?

Nach einer Meldung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes“ strebt die preussische Regierung einen Ausgleich zwischen den Löhnen der jugendlichen und verheirateten Arbeiter des Bergbaues zugunsten der Verheirateten an. Auch trägt sie sich mit dem Plan eines Alkoholverbotes für die jugendlichen Arbeiter.

Die sich die preussische Regierung diese Regelung im einzelnen denkt, ist noch nicht bekannt. Zunächst wäre es notwendig, den Begriff des „Jugendlichen“ zu umgrenzen, und wenn schon ein Verbot des Alkoholkonsums erlassen werden soll, dann darf es nicht nur jugendliche Arbeiter treffen, sondern Jugendliche überhaupt. Eine wirksame Ergänzung eines solchen allgemeinen Alkoholverbotes wäre ein Verbot der Alkohol-Werbung.

So sehr wir jede Maßnahme gegen den Alkoholgenuß begrüßen, so sehr müssen wir uns gegen jede Lohnkürzung wenden, auch wenn sie unter der Flagge des Ausgleichs zugunsten der Verheirateten geht. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es wohl gelingen wird, die Löhne der jugendlichen (und in der Folge aller ledigen) Arbeiter niedriger zu halten, aber nicht dafür, daß die Differenz in solchem Ausmaß den Verheirateten zugute kommt.

In der bürgerlichen Presse wird ein Lohnsystem, das den Ledigen schlechter entlohnt als den Verheirateten, gern als ein System des „Soziallohns“ bezeichnet. In Wirklichkeit ist es eine krasse Ungerechtigkeit und durchaus unsozial. Es ist richtig, daß es dem verheirateten Arbeiter schlechter geht, hundertmal schlechter. Wer genauer beobachtet, der weiß aber auch, daß der ledige Arbeiter nur vorübergehend etwas besser gestellt ist, und auch das ist ein trügerischer Schein.

Der ledige Arbeiter gerät in eine gerade furchtbare Lage, sobald er an die Gründung einer Familie denkt. Es ist bei vielen Wohnungsämtern Brauch geworden, jeden Einwohnenden zurückzuweisen, der nicht das 25. bis 30. Lebensjahr erreicht hat. Das ist eine Maßnahme, die sich fast ausschließlich gegen die Arbeiter richtet, die in der Regel vor dem 30. Lebensjahr heiraten, während die Söhne des Bürgertums aus „Standesrücksichten“ länger zu warten pflegen und in der Zwischenzeit mit den Töchtern der Proleten sich bergütigen. Die Wohnungsnot ist so eine Last, welche vornehmlich die Arbeiter zu tragen haben.

Solange der Arbeiter kein Dach über dem Kopfe hat, kann er aber auch nicht daran denken, sich die Wohnungseinrichtung zu beschaffen. In den elterlichen Wohnungen ist in der Regel kein Platz, um Möbel vom Sohn oder Tochter unterzubringen. Schließlich gehören zur Gründung auch des bescheidensten Hausstandes nicht nur Zehntausende, sondern Hunderttausende Mark. In normalen Zeiten war es dem deutschen Arbeiter möglich, nach und nach den Hausstand zu schaffen, während er heute mit dem Tage der Heirat vor einem Nichts steht.

Hier ist der Punkt, an dem eingegriffen werden muß! Es muß dafür gesorgt werden, daß es dem ledigen Arbeiter möglich ist, Teile seines Lohnes für die Beschaffung einer Wohnung zum Entschlagen verwenden zu können. Der Hinweis auf die Sparkasse ist nutzlos, solange die Mark nicht stabilisiert ist. Wenn heute junge Leute ihren Lohn fruchtlos ausgeben, dann liegt das nicht an dem zu hohen Lohn, sondern an der Unmöglichkeit, den Lohn vernünftig verwenden zu können.

# Kommunistische „Erfolge“.

Das Uebersechtabkommen im Bergbau läßt den Kommunisten keine Ruhe. Seine Ausgabe ihrer Zeitungen erfolgt, ohne daß in ihr die Aufhebung des Abkommens gebührend, der „Draht“ der Gewerkschaften am Proletariat gebüh-

rend geachtet“ und das Proletariat zur Abwehr des „Angriffs“ auf den Achtstundentag“ aufgefordert wird. Diese Gehe der Kommunisten ist leider nicht ohne kleine Erfolge geblieben. Verschiedentlich haben die Belegschaften Schmierigkeiten beim Verfahren der Uebersechtabkommen gemacht oder sich gar geweigert, das Abkommen durchzuführen.

Die Behauptung der Kommunisten, daß man auf dem Wege über das Uebersechtabkommen zum Achtstundentag für die Bergarbeiter kommen und von da aus den Achtstundentag für die übrige Arbeiterschaft abbauen will, ist so unbegründet wie fast jede Behauptung der kommunistischen Presse. Laut Gesetz vom 28. Juni 1922 wird z. B. für das Ruhrgebiet die siebenstündige Arbeitszeit festgesetzt, und nur tariflich kann etwas anderes vereinbart werden. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands wird niemals seine Zustimmung zu einer dauernden Schichtverlängerung geben und hat entsprechend diesem Standpunkt und dem Willen seiner Mitgliedschaft bei den Beratungen über das Uebersechtabkommen die Vereinbarung der acht Stunden als Uebersechtabkommen abgelehnt. Es wurden darum dreimal zwei Stunden für das Verfahren der Uebersechtabkommen festgesetzt. Nur aus besonderen Gründen kann nach § 2 des Abkommens „durch Vereinbarung zwischen Belegschaft und Betriebsverwaltung“ die vorgesehene Uebersechtabkommen „in einer abweichenden Art auf die Wochentage verteilt werden“. Die Vertreter des Bergarbeiterverbandes stimmten dieser Ausnahmebestimmung zu, weil sie bei den Randgegenden, bei heißen Gruben, wegen ungünstiger Fahrzeit der Eisenbahnzüge usw. berechtigt sein kann. Auf keinen Fall aber gibt diese Bestimmung den Betriebsverwaltungen das Recht, an Stelle der dreimal zwei Stunden die achte Stunde zu verlangen. Die Betriebsverwaltung können zwar solche Verlangen an den Betriebsrat stellen. Lehnt dieser aber die achte Stunde ab, dann haben sich die Unternehmer damit zufriedener zu geben.

Daraus ergibt sich also, daß im Bergbau, solange nicht die achte Arbeitsstunde eingeführt wird, solange die Geschlossenheit der Organisation erhalten bleibt, folgen die Bergarbeiter den Kommunisten, dann wird allerdings die Schlagkraft des Bergarbeiterverbandes eines Tages erlahmen und dann kann leicht möglich werden, was man bisher vermeiden wollte.

# Arbeitsgemeinschaft für staatliche Bergwerke.

Das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe hat jetzt den Entwurf eines Gesetzes betr. Uebertragung der Verwaltung und Ausübung der staatlichen Bergwerke an eine Aktiengesellschaft fertiggestellt. Die Aktiengesellschaft wurde gewählt, um die Einheitslichkeit des bergbaulichen Besitzes, der auch jetzt von einer Stelle, und zwar dem genannten Ministerium, verwaltet wird, nicht zu zerbrechen. So soll nicht nur die Macht des staatlichen Bergbesitzes gewahrt, sondern auch eine einheitliche Wirtschafts- und Arbeiterpolitik gewährleistet werden. Die Aktiengesellschaft führt lediglich die Geschäfte der Verwaltung im Auftrag des preussischen Staates, der nach wie vor Besitzer der Werke bleibt und auch die Aktien in seinen Besitz übernimmt. An dem Aufbau der Verwaltung wird also vorläufig nichts geändert; die zentrale Leitung geht lediglich von dem Ministerium auf eine nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitete Generaldirektion über.

In den Besprechungen der Regierung, die mit den Bergbauern, den Direktoren der Bergwerke, den Beamtenorganisationen, den Beamtenvereinigungen, den Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten und den Betriebsräten stattfanden, wurde der Grundgedanke, die Verwaltung auf eine Aktiengesellschaft zu übertragen vollständig gebilligt.

Zum Vollzug der Umstellung ist die Einrichtung einer „Uebergangsstelle für die Umgestaltung der staatlichen Berg- und Untertagewerke“ im Handelsministerium vorgesehen, die nach Durchführung der Trennung zwischen Hoheits- und Betriebsverwaltung wieder aufgelöst werden soll.

# Anruhen in Polnisch-Oberschlesien.

In Rattowitz ist es zu Marktunruhen gekommen, bei denen mehrere Fleischstände umgeworfen wurden, so daß der Markt teilweise geschlossen werden mußte. Die meisten Geschäfte sind von ihren Inhabern freiwillig geschlossen worden und es herrscht vollkommenes Geschäftstillstand. Zahlreiche Belegschaften sind in den Streik getreten.

Gegen Abend versuchte eine große Menschenmenge, das Gebäude der Wojwodenschaft zu stürmen. Versäufelte Polizei hatte die umliegenden Straßen in weitem Umfang abgesperrt. Die Polizei ritt in die Menge hinein. Die Menge griff jedoch zu Steinen, brach Zäunungen ab und begann auf die Polizei einzuschlagen. Auf Befehl der Wojwodenschaft wurde die Polizei darauf hinter das ehemalige Bezirkskommando zurückgenommen und es trat eine gewisse Ruhe ein. Gleich darauf aber zogen mehrere tausend Menschen in das Innere der Stadt, wo ihnen ein zweiter Zug befohlen, zum Teil Arbeiter der Obergewerke. Diese erbrachen die Wartefälle, griffen den Bahnhof an, und verprügelten die Polizisten. Darauf zog die Polizeiwache blutet. Aber erst als drei Abteilungen Infanterie eintrafen, konnte der Bahnhofsortplatz geräumt werden.

Anlässlich dieser Vorgänge hat die Polizeidirektion den Ausnahmezustand über die Stadt Rattowitz verhängt.

Die zuständigen Behörden wandten sich an den polnischen Ministerrat mit der Bitte, in einigen Teilen der Wojwodenschaft außerordentliche Gerichte einzusetzen. Jeder, der bei einer öffentlichen Aufstörung, bei Raub, qualifizierten Diebstahl, Erpressung oder Brandstiftung ergriffen wird, soll der Todesstrafe verfallen. Ein Urteil der außerordentlichen Gerichte bedarf keiner Bestätigung. Es muß innerhalb 24 Stunden vollstreckt sein.

Auch in Bismarckhütte, das gleichfalls zu Polen gehört und zwischen Rattowitz und Königsbrunn liegt, ist es zu blutigen Unruhen gekommen. Als die Belegschaften der Bismarckhütte erfahren hatten, daß die Lohnzahlung in polnischer Wäluuta erfolgen sollte, zog die Arbeiterschaft, 6. bis 8000 Mann stark, vor die Villa des Generaldirektors Kallenberg, drang ein und schleifte Kallenberg zum Rathaus. Der Generaldirektor mußte in das Betriebslazarett eingeliefert werden. Erst nachmittags traf ein starkes Polizeiaufgebot in Bismarckhütte ein. Die Menge entwarf jedoch die Polizei. Da die Ansammlungen vor dem Direktionsgebäude immer mehr an Umfang annahmen, wurde eine Abteilung Infanterie herbeigerufen, die am Markt ein Maschinengewehr aufstellte. Plötzlich fielen Schüsse und das Maschinengewehr fing an zu feuern. Acht Arbeiter und ein Polizeibeamter waren tot, eine ganze Anzahl schwer und leicht verletzt.

Gegen 10 Uhr abends fanden im Rathaus Verhandlungen statt über die eckartige Verhängung des Belagerungszustandes über Bismarckhütte. Der Betrieb der Bismarckhütte ruht vollständig.

# Cassale-Gedenktafel.

Die Breslauer Arbeiterschaft ehrt am Sonntag durch Entfaltung einer kunstvoll ausgeführten Gedenktafel am Geburtshaus Ferdinand Cassalles den großen Organisator der deutschen Arbeiterbewegung. Vor dem geschmückten Hause geben die Fahnen der Parteibestrebungen und auch der Breslauer Unabhängigen dem Volkstanz, den mehr als 10 000 Menschen füllten, ein festliches Gepräge.

Mit dem Oberpräsidenten für Niederschlesien, Genosse Zimmerer, erschien der preussische Staatssekretär Gen. Boehre, der demokratische Breslauer Bürgermeister Dr. Trentzsch und andere Vertreter der öffentlichen Körperschaften.

Die Gedenktafel hielt der Herausgeber des „Kassales Heben“ und Schriftens, Reichstagsabg. Gen. Eduard Bernstein, den in scharfen Worten ein lebendiges Bild von Cassalles Leistungen entwarf, jeden Besonderen abbesand, aber auf die starke Gegenwartsbewegung des zu früh dahingegangenen Kämpfers hin-

# Kleines Feuilleton.

## Auch ein „Sereinsfall“.

Die Uebersechtabkommen bezieht sich nicht auf das „Großrußische Salaleika-Orchester“ mit seinen Sängern, sondern diese „Großrußischen“ bezieht sich auf die „Sereinsfall“, die sie nun einmal in der „Sereinsfall“ - vorausgesetzt, daß sie von Jahren einmal was gelernt haben - die Welt und die Welt mit ihren Darbietungen bereichern dürfen. Nein, es handelt sich um einen Artikel im Feuilleton der „Sereinsfall“, überschrieben „Auch ein „Sereinsfall“.

Es ist wieder einmal ein hochwürdiger Streiter des Kampfes um, gepöbelt durch seine Kameraden, für Dr. Kohl eine Lüge zu streichen. Das Feuilleton der „Sereinsfall“ enthält die Angabe, daß bei unserer Verlobung noch einem neuen Erben Sereinsfall politische Gründe nachgehoben werden, damit weder ein Geiz noch Uebersechtabkommen, wenn es von den berechtigenden Mächten nicht freigegeben wird. Der Kampfes in der „Sereinsfall“ ist ein freies, lebendiges Feuilleton auf. Er ist:

Bei der „Sereinsfall“ wird es natürlich nicht, sondern die Sereinsfall von Sereinsfall, die sie nun einmal in der „Sereinsfall“ - vorausgesetzt, daß sie von Jahren einmal was gelernt haben - die Welt und die Welt mit ihren Darbietungen bereichern dürfen. Nein, es handelt sich um einen Artikel im Feuilleton der „Sereinsfall“, überschrieben „Auch ein „Sereinsfall“.

Das Programm des ersten Sommerkonzertes steht fest, es ist das Programm des ersten Sommerkonzertes. Das Programm des ersten Sommerkonzertes steht fest, es ist das Programm des ersten Sommerkonzertes. Das Programm des ersten Sommerkonzertes steht fest, es ist das Programm des ersten Sommerkonzertes.

früher auch von der „Sereinsfall“ anerkannt. Jetzt auf einmal soll Kohl nichts mehr können!

Einmal der Kaiser Max Regers, der für die Musikkritik dieses Klattes verantwortlich zeichnet, und der demnach auch für diesen Erfolg zur Rechenhaftigkeit zu ziehen wäre und für so pöbelhafte Anwürfe wie:

Dieses Verfahren wird gerade bei der „Sereinsfall“ ma so auffälliger, als sie sich nur zu gerne als ungeschickter, fauler in Angriffen ausweist. Sie ist dies aber keinesfalls, sondern sie wird nur mit ihren, Redensarten und Wörtern, die sie nun für, um dadurch den Ehem eines Königs vorzulassen, der natürlich nicht vorhanden ist.

Manche, die behaupten einer Schraubendreher gleich loszukommen?

„Das hier etwas nicht stimmt, liegt auf der Hand“, heißt es in dem Artikel. O ja, es stimmt vieles nicht in der „Sereinsfall“ - vorausgesetzt, daß sie von Jahren einmal was gelernt haben - die Welt und die Welt mit ihren Darbietungen bereichern dürfen. Nein, es handelt sich um einen Artikel im Feuilleton der „Sereinsfall“, überschrieben „Auch ein „Sereinsfall“.

Es widersteht aus, an diese widersprüchlichen Ueberrumpfen zu denken, aber die unbedingte Anerkennung des nationalen Klattes nötigen aus dazu. Doch nicht mit dieser Clique und Intelligenzwerkstatt innerhalb der heiligen Musikkritik angeordnet ist, sondern wie nicht zu einer Verbindung der musikalischen Verhältnisse.

# „Sereinsfall“-Berein.

Das Programm des ersten Sommerkonzertes steht fest, es ist das Programm des ersten Sommerkonzertes. Das Programm des ersten Sommerkonzertes steht fest, es ist das Programm des ersten Sommerkonzertes. Das Programm des ersten Sommerkonzertes steht fest, es ist das Programm des ersten Sommerkonzertes.

# Berichtigung der Intendanz.

Die Intendanz des Stadttheaters schreibt uns: Der Artikel „Kassales Heben“ vom 2. d. M. enthält folgenden Passus:

Die Intendanz nimmt sogar dieser Historie-Gemeinde viel weiter entgegen als der „Sereinsfall“, denn sie verlangt nicht von ihr, daß sie wie diese das Wilhelm-Theater gegen einen festen Betrag pachtet, sondern tritt nur eine bestimmte Anzahl Karten an sie ab und verkauft den Rest an der Abendkasse wie zu einer gewöhnlichen Vorstellung.

Diese Angaben sind unrichtig. Die Gesellschaft für Theater und Kunst pachtet das Theater gegen einen festen vom Theater-Ausschuß bestimmten Betrag und die Intendanz übergibt den gesamten Billettstapel dieser Gesellschaft zu deren freien Verfügung.

Bei der Ankündigung der „Sereinsfall“ für Theater und Kunst“ las, mußte annehmen, daß die 400 bis 500 Plätze, die außer den Mitglieder im Wilhelm-Theater übrigblieben, dem freien Verkauf übergeben würden, denn daß der Verein sie von sich aus mit Aufschlag verkaufen würde, war sehr unwahrscheinlich. Trotzdem scheint dort dieser merkwürdige Brauch zu herrschen. Zudem mußte sich die „Sereinsfall“ gegenüber der „Theater-Gesellschaft“ benachteiligt fühlen, weil sie von der Intendanz mit Benutzung auf einen Beschluß der Theaterkommission nur zwei Abende im September zugewiesen bekam, während das Konfirmandenunternehmen mindestens zehnmal spielen kann. Herr Bogeler begründete den Einspruch der „Sereinsfall“ mit einem neuen Beschluß des Ausschusses, der ihm nachträglich freie Hand gab für den September. Merkwürdig bleibt es jedenfalls, daß von diesem zweiten Beschluß der „Sereinsfall“ keine Mitteilung gemacht worden ist, und die Gesellschaft hätte verlangt, daß die Intendanz ihr ebenso viele Abende vorbehalten hätte wie den Konfirmanden-Herrschaften. Diese behielten sich besonderer Anstöße und Mittelchen, um sich möglichst viele Theaterabende zu sichern und weichen dabei den Keinen Mann könnig lächelnd an die Hand. Die „Sereinsfall“ arbeitet eifriger und geht dabei den kürzern. Und Herr Bogeler zuckt die Achseln.

Ein vernünftige Berichtigung. In den „Dresdner Nachrichten“ lesen wir: „Das Organ der Unabhängigen“, des „Sereinsfall“ d'Anjour-d'hui, teilt wie aus Paris gemeldet wird, mit, daß im Märzjahr dieser Vereinigung andere deutsche und deutschösterreichische Mäker aufstellen werden. Von den Deutschen werden Eduard Münch und Pecher genannt, von den Oesterreichern Kretzel und Zast. (Sehr ehrenvoll, meine Herren, daß Sie Münch den Dänen, für eine Deutschen halten. Die Red.) Ein Wort über diese Berichtigung noch einmal berichtigend, erwähnen wir endlich das richtige: Münch war Karmozel.



Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. September 1922.

Führersprache der Arbeiterjugend.

Am 17. September, vormittags 9 Uhr, findet in Magdeburg im Stadterordneten-Sitzungsraum im alten Rathaus eine Führersprache des Bezirksverbandes der Arbeiterjugendvereine im Bezirk Mittelstraße statt.

- 1. Organisatorische Mitteilungen: a) Bericht von der Bezirksauschussführung am 16. September; b) Bericht von der Reichskonferenz in Bernigerode. (Genosse Voigt)
2. Unfre Arbeit. (Genosse E. Müller)
3. Die Gegner an der Arbeit. (Genosse Meißnerfeld)
Zu dieser Ansprache sendet jeder Verein des Bezirksverbandes einen Vertreter. Vereine mit mehreren Gruppen entsenden auf jede Gruppe einen Vertreter, deren Namen und Adressen umgehend dem Jugendsekretariat Magdeburg, Große Mühlstraße 3, gemeldet werden müssen.

Der Bezirksvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine im Bezirk Mittelstraße.

Ein „Martyr“.

In unserer Nummer vom 9. September berichteten wir über eine Klage, die der Chefredakteur Moritz von der „Magdeburger Tageszeitung“, dem ehemaligen Organ des Parteipräsidenten Alten unrichtigen Angaben, gegen den noch berühmteren Hottenrott in Stuttgart wegen Verleumdung angestrengt hatte.

Was geht es den Vorsitzenden eines Gerichts an, ob eine Zeitung „dahinter“ hat? ... Auf diese Bemerkung hin erhielten wir von Herrn Amtsgerichtsrat Scheibe hier folgendes, nach mehr als einer Richtung hin bemerkenswertes Schreiben:

Ein Staatsanwalt legt mir Ihre Zeitung Nr. 211 vom 9. er. Beilage-„Die feindlichen Kräfte“ vor. Ich bin der Vorsitzende des Gerichts. Ich kann Ihnen nur erwidern, daß es mich gerade soviel angeht wie Sie, ob eine Zeitung dahinter hat.

Es ist uns nicht erlaubt, in die Verfassung des Herrn Amtsgerichtsrats, daß er ganz unparteiisch sei, irgend einen Zweifel zu setzen. Wir könnten bei seiner Behauptung, daß wenn zwei sozialistische Blätter in Frage gekommen wären, Herr Scheibe ebenso gehandelt hätte.

Wenn uns zum Schluß Herr Amtsgerichtsrat Scheibe anvertraut, wie er über die politischen Parteien denkt, so ist dieses Gefährnis von besonderem Interesse, weil er wieder einmal die kasse Selbstfreiheit zu vieler Richter offenbart.

— Zur Frage des Notgeldes. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Magistrat beschlossen, mit Rücksicht auf den Mangel des für das Notgeld sich eignenden Papiers, statt der beabsichtigten 50-Marknoten, für 10 Millionen Mark 500-Marknoten zur Ausgabe zu bringen.

— Privatquartiere für die Arbeiterjugend. Die Arbeiterjugend hat am Sonntag Gäste zu ihrer Führersprache zu erwarten, die schon zum Teil am Sonnabend kommen.

— Ueber die derzeitige Wirtschaftslage spricht am Donnerstag, den 14. September, 7 Uhr abends, in der Aula der Knaben-Schule, Dreienbergstraße, der Genosse Bogt in einer Vollerfassung der freiwirtschaftlichen Betriebsräte. Sämtliche Gruppen nehmen daran teil. Der Eintritt ist nur gegen Ausweiskarte gestattet.

Große Not

herrscht durch die Leertang bei einem Teil unserer Mitglieder. In finanzieller Not befindet sich auch die politische Organisation. Der Beitrag mußte deshalb für September erhöht werden.

freiwillige Extrabeiträge

angenommen im Parteisekretariat. Die übrigen Mitglieder können die Organisation stärken durch Werbung von Mitgliedern.

Sue jeder seine Pflicht!

— Eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter fand am 11. September in Magdeburg statt.

Die Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter, zu ihrer zweiten Tagung in Magdeburg versammelt, nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von der zunehmenden Not der deutschen Presse, die sich in dem Absterben zahlreicher, vielfach alter und angesehenen Zeitungen äußert.

Die Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichtenämter, zu ihrer zweiten Tagung in Magdeburg versammelt, nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntnis von der zunehmenden Not der deutschen Presse, die sich in dem Absterben zahlreicher, vielfach alter und angesehenen Zeitungen äußert.

Diese Entschließung ist gewiß zu begrüßen. Die Presse und sicher auch die Regierung wäre aber noch handbarer, wenn man feste Vorschläge machen könnte, wie denn der Presse durchgreifend geholfen werden kann!

Sozialdemokratischer Verein Magdeburg.

Bezirk Wilhelmstadt. Mittwoch den 13. September, abends 7 1/2 Uhr. Frauenabend im Jugendheim Sedanring (unter der Brücke).
Bezirk Nord. Am Freitag den 15. September, abends 7 1/2 Uhr. Funktionärsführung bei Eduard Holz.

— Magdeburger Volksbühne. Der vorbereitende Ausschuss gibt hierdurch bekannt, daß alle bisher angemeldeten ihre Mitgliederkarten gegen Rückgabe ihrer Anmeldebücher und Zahlung von 30,00 Mark für die beiden ersten Vorstellungen in Empfang nehmen können.

— Eine Straßenbahnfahrt sieben Mark! Wie unsere Leser aus dem Anzeigenteil erfahren, will die Straßenbahn die Fahrpreise wieder wesentlich erhöhen.

— Auslandschau: Deutsches Siedeln und Wandern. Sonderausstellung d. Deutsch. Auslandsinstitute Stuttgart a. d. Miama. Schillerstraße 10 und Leberecht.

— Pochschützische Magdeburg. Im Jgklus der von Mama veranstalteten Hochschulpötte spricht am 13. September, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des städtischen Realgymnasiums, Oberstraße, Professor Dr. F. Schumann (Halle) über: „Die Verhältnisse Einzelnen mit dem Staat.“

— Von der Miama. Die Reichspostverwaltung hat in der Verkehreshalle eine Empfangsstelle für den Bezirksrat ... Die gewerkschaftliche Erwerbslosenkommission hält täglich von 9 bis 11 Uhr vormittags im Zimmer 70a des Arbeitsamts Sprechstunden ab.

— Wichtig für Reisende 4. Klasse. Das Reichsverkehrsministerium gibt bekannt: Die Vorschriften über das Befahren von Plätzen werden dem Regionalrat erneut in Erinnerung gebracht.

— Fernsprecherkehr Magdeburg—Wolmirstedt. Beim Fernsprecherkehr Magdeburg und Wolmirstedt zur besseren Ausnutzung der Fernleitungen und zur Beschleunigung des Sprecherkehrs vereinfacht eingerichtet werden.

— Die Messe beginnt am Sonntag auf dem Domplatz. Die auswärtigen Besucher der „Miama“ werden also noch eine Abwechslung mehr in Magdeburg haben und die Aussteller dürfen auf gute Einnahmen rechnen.

— Die Arbeiterjugend, Gruppe Neue Renstadt Ost und West, veranstaltet am Freitag den 22. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Wintergarten“, Friedrichsplatz 2, einen Volkstanzabend, zu dem die gesamte Arbeiterjugend eingeladen ist.

— Flüchtling. Lothgeher im Betrage von 70.000 Mark hohler 22-jährige Lehnwiter Erich Stein an seiner Arbeitsstelle, der hiesigen Bauleitung einer auswärtigen Fernabteilerstellung. Er ist flüchtig.

— Der „Helfer“. Ein Unbekannter, der sich in hiesigen Geschäftsbüros als Helfer, Gedächtnisler usw. ausgibt, hat sich gelegentlich in die an Beträgen in dem jeweils von ihm gemieteten Zimmer betätigt.

— Geflohen wurden aus einem Café am Breiten Wege ein Damen-Belagter aus sechs Markdollar, mit Hofstube geflüchtet; aus einer Wohnung in der Kaiser-Friedrich-Straße eine silberne Handtasche mit der Grabierung: Maria Schubach 20. 10. 18; aus einer Fabrik in der Grünstraße ein Dreibriemen, 18-Meter lang, 22-Zentimeter breit.

Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Erweiterte Hauptvorstandssitzung Mittwoch 18 Uhr Georgenplatz 10. Werbeausschuss: Sitzung Mittwoch 6 Uhr Georgenplatz 10.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Städtische Theater. Stadttheater. Mittwoch: Theaterkonzert. Donnerstag (3. Abend): Salome. Anfang 8 Uhr. Freitag (4. Abend): Gabriel Schilling's Faust. Samstag (5. Abend): Gabriel Schilling's Faust.

Peter Rarn.

Von Graf von Holzogen.

(44. Fortsetzung.)

Louis Antwort ließ ausnahmsweise lange auf sich warten, so daß Peter schon unruhig zu werden begann, in der Annahme, sie könnte vielleicht erkrankt sein.

— Soeben verstorben. Louis Antwort ließ ausnahmsweise lange auf sich warten, so daß Peter schon unruhig zu werden begann, in der Annahme, sie könnte vielleicht erkrankt sein.

nach entzündet an seiner Seite aus. Man könnte ihn für einen großen Ständeherrn und nicht für ein junges Prinzpfeffer halten, alle Leute schauerten und nach und zurück hinter sich her.

— Louis Antwort ließ ausnahmsweise lange auf sich warten, so daß Peter schon unruhig zu werden begann, in der Annahme, sie könnte vielleicht erkrankt sein.

nie gehört! Er freiet die Kosten wie Butter und die Harmonien trappen so weich wie Del heraus. Er hat gesagt: „Mademoiselle, vous avez de la music dans l'ame; vous chantez comme une philomene, wie eine Katze.“

— Louis Antwort ließ ausnahmsweise lange auf sich warten, so daß Peter schon unruhig zu werden begann, in der Annahme, sie könnte vielleicht erkrankt sein.







Mies, wobei er von Lassalles Schriften das „Arbeiterprogramm“ als die noch heute beste Einführung in den Sozialismus bezeichnete.

**Terror bei den Deutschnationalen.**

Der aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ausgetretene Abg. Dr. Düringer (Baden) veröffentlicht in der sozialdemokratischen „Zeit“ einen Offenen Brief an den zweiten Landesvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Badens.

**Notizen.**

**Führer der Arbeiter beim Reichspräsidenten.** Der sozialdemokratische Parteivorstand, vertreten durch Welsch und Hermann Müller, und der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund, vertreten durch Graßmann und Georg Schmidt vom Landarbeiter-Verband, wurden am Montag vom Reichspräsidenten empfangen.

**Sicherstellung der Kartoffelversorgung.**

Die preussische Regierung beabsichtigt, dem Reiche vorzuschlagen, an die Bergarbeiter zur Beschaffung von Kartoffelvorräten Vorkasse zu zahlen.

**Ein bürgerlicher Wahlerfolg.**

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Bismark (Altmark) fielen 11 Sitze auf die Bürgerlichen und 7 Sitze auf die Sozialdemokraten.

**Der Berliner Straßenbahntarif.**

Der Verwaltungsrat der Berliner Straßenbahn erklärte sich in seiner letzten Sitzung mit einer Erhöhung des Einzelfahrts auf 10 Mark einverstanden.

**Abgelehnt.**

Ein Gnabengesuch des früheren Oberleutnants Hiller, der vom Schörrichter wegen Mißhandlung von Untergebenen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist vom preussischen Justizminister abgelehnt worden.

**Rußland als Kolonie.**

Der Vertreter der Sowjetregierung in Berlin, Krasin, hat mit dem Präsidenten des Aufsichtsrats der englischen Russo-Asiatic-Consolidated einen Vertrag unterzeichnet, der die Konzeption in Sibirien an die Russo-Asiatic zur Verwertung überträgt.

**Reichswehr-Untersuchungsausschuss.** Am Montag trat der Ausschuss des Reichswehrministeriums und auf Antrag der Koalitionsparteien einseitige Untersuchungsausschuss für die Reichswehr zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

**Der Nachfolger Binkaus.**

An Stelle des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Gewissen Binkau tritt Reichstagsabgeordneter Stebold (Weipzig) in den Reichstag ein.

**Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei tritt zusammen.** Wie wir erfahren, tritt die Preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei bereits am 22. September zusammen.

**Großer Waffenfund.**

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat bekanntlich auf Grund des Befehles zum Schutze der Republik für den Umfang seiner Provinz die Versammlung des Bundes der Niederdeutschen E. V. Hamburg verboten.

**Dollar** Amtliche Notiz vom **1525 Mark** **Montag 1538** **Dienstag mittag ca.**

**Depechen.**

**Erklärungen des Reichskanzlers.**

Ab. Paris, 12. September. Der Berichterstatter des „Matin“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Wirth, der ihm über die Verhandlungen mit den Belgiern u. a. sagte:

Die deutsche Regierung hat Vorschläge gemacht, um die für Belgien bestimmten Schatzbonds zu garantieren. Das ist nicht leicht; denn die deutsche Regierung als solche verfügt über keinerlei private Garantien.

**Zahlungsfrist um 6 Monate verlängert.**

Diese Bedingung war notwendig, weil dieses Kreditinstitut, das nach den Handelsbräuchen und der Handelslehre seine geschäftlichen Operationen vornimmt, nicht in der Lage wäre, innerhalb 6 Monaten die Summe von 270 Millionen Goldmark zurückzahlen.

**Unterhandlungen mit auswärtigen Ländern.**

besonders mit England, zu einem positiven Ergebnis zu führen, welche einen Teil der Garantien hätten übernehmen können.

So war die Grundlage für ein Abkommen mit Belgien gefunden im Einklang mit der Entscheidung der Reparations-

**Kommission.** Wenn sich alles nach Handelsbräuchen abgehandelt hätte, hätte am Sonnabend früher eine Abmachung geschlossen werden können. Wir hätten dann eine fähigere Auffassung der politischen und wirtschaftlichen Atmosphäre

**den Buchstaben der Entscheidung.**

der Reparationskommission hält, die deutsche Schwäche sechsmonatiger Laufzeit borgehen hat. Ich erlaube mir nicht, die Entscheidung der belgischen Regierung zu kritisieren, kann sie aber behaupten, weil ich der Ansicht bin, daß weder unsere Interessen, noch denen Europas dient.

**der Verlängerung der Zahlungsfristen zustimmt.**

Das wäre die einfachste Lösung. Aber sie darf keine Zeit verlieren; denn jeder Tag Verzögerung bedeutet eine weitere Erschwerung der wirtschaftlichen Lage und infolgedessen eine Verminderung unserer Reparationsmöglichkeit.

**Auch wir legen Wert darauf.** Aber es muß unbedingt gehandelt werden, wenn wir nicht wollen, daß dieser Mißerfolg nicht wieder gutzumachen ist. Die Berliner Regierung wird jede Abmachung annehmen, die sie vor der deutschen Nation wird verteidigen können.

**Die Auffassung der Reparationskommission.**

Ab. London, 12. September. Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erfährt von maßgebender Seite im Gegensatz zu Pariser Presseäußerungen, nach welchen die Berliner Verhandlungen mit Belgien vollkommen geklärt seien, und nach welchem die Verkündung des Verzugs Deutschlands unmittelbar bevorstehe, daß dies augenblicklich keineswegs die Auffassung der Reparationskommission ist.

**Beginnende Einsicht in Frankreich.**

Ab. Paris, 12. September. Der Senator und frühere Minister Besanard hielt in Tours eine Rede, in der er u. a. sagte, das französische politische Programm müsse folgende zwei Punkte umfassen: 1. allgemeine Herabsetzung der internationalen Schulden und im Zusammenhang damit eine notwendige Herabsetzung der deutschen Schulden; 2. eine Steigerung der Sachlieferungen.

**Türkische Drohungen gegen England.**

Ab. London, 12. September. Der Pariser Vertreter der Anglo-Regierung Felix Delcourt erklärte in einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Daily Express“, die einzige Hoffnung für einen Frieden im Orient sei, daß die britische Regierung einer bedingungslosen Wiederherstellung Adrianopels an die Türken und der Abkündigung Konstantinopels durch die Alliierten zustimme.

Wenn die englische Regierung es ablehne, den türkischen Anspruch auf Adrianopel und die türkische Souveränität über Konstantinopel zuzugestehen, würden die Türken Mesopotamien überrennen und alles tun, was in ihrer Macht stehe, um den britischen Interessen entgegenzuwirken und die britische Herrschaft im Osten zu beenden.

**Gelungene Weltumseglung.**

Ab. Karlskrona (Schweden), 12. September. Die Fahrt Sibira ist am Montag abend nach vollendeter Weltumseglung hier wieder angekommen. Die Fahrt verlief Karlskrona am 25. August 1920.

**Arbeitsmarkt**  
In besserem Sanshalt bewandertes älteres Mädchen über alleinstehend, wdmg unabhängige Person, sauber und ehrlich. **Aufwartung** in der Wochegehalt 4 Tage. Dampfheizung wird bedient, Seppiche werden geklopft. Nur wdmg alleinstehende, saubere und ehrliche Frauen oder Mädchen, gut empfohlen, wollen sich melden. Soher Lohn sowie sehr gute Behandlung zugesichert. Offerten erbeten unter b 8670 an die „Volksstimme“.

**Tüchtiger Feilenschleifer**  
Bei sehr gutem Verdienst sofort gesucht. 8655  
**Fr. A. Meisemann,**  
Magdeburg-Sudenburg, Balmbergsweg 22.

**Maurer**  
nach Dörfelchen **Wilhelm Boß, Gerberstr. 1.**  
Einige tüchtiger  
**Stemmer**  
für Sand- und Pfeilstoffbetrieb stellt ein  
**Stiegler, Kessel- und Eisen-Bau, E. M. H. H.**  
Magdeburg-Friedrichstadt. 1546

**Welt-Fenerzündung**  
Welt-Fenerzündung  
Welt-Fenerzündung  
Welt-Fenerzündung

**Heizungs-Monteur**  
lofort gesucht. 8688  
**Kirchheim & Co.,**  
Magdeburg-E.,  
Balmbergsweg 21.

**Alte Gebisse**  
(Kautschuk), die vor dem Kriege angefertigt sind, haben meistens einen guten Wert. Ich schenke Ihnen dieselben kostenlos, ob und ja, auch für ein- oder mehrgliedrige Gebisse.  
**pro Jahr 200 Mark** mehr  
Gold-, Silber-, Platin-Gegenstände, Golduhren 8700  
allerhöchste Tagespreise!  
**Georg Sack** Goldschmiedhandlung,  
Gr. Mühlstr. 2, 1  
Rein Ebdal, Geschäftzeit 9-2 Uhr.

**Fallobitt** **K. Blumenthal & Comp.**  
Halberstädter Straße 12.  
Telephon 7374 und 7377.  
**Geschlechtsleiden**  
und ihre Behandlung durch unschädliche, lang erprobte Präparate ohne Einspritzung und ohne Veranlassung der schmerzlichen und verletzlichen Methoden. Erfolgreiche Heilung mit Zuweisung zur Selbstbehandlung und vielen Dankschreiben verdienter Heilung gegen 10.00 Mk. Dr. C. J. Ranzler, urologischer Spezialarzt, Sauerbrunn, Deutscherstr. 3.

**Dr. Boes**  
Frauenarzt.  
Von der Reize zurück  
**Sau-Rai Dr. Neubauer**

**Wohnungsmarkt**  
Stadtmittelpunkt, 2 Z. 3. WZ, zu kurzgelegen, gl. in Mitte ab. Preis 12000 Mk. Off. u. 86888 an d. Exp. H. H.

**Orath's Kinderkost**  
Lustig und gesund  
Lustig und gesund  
Lustig und gesund

**Berzogen nach Halberstädter Str. 16a**  
Geschäftszeit 2 bis 4 Uhr nachmittags.  
**Dr. med. Königl.**

**Alte Gebisse**  
Kauf zu niedrigeren Preisen  
Gold- und Silber  
W. Müller, Goldschmied, Magdeburg, Sauerbrunn, Deutscherstr. 3, 2 St.

**Sie schädigen sich,**  
wenn Sie nicht erst bei mir unentgeltlich wiegen und tarieren lassen.  
Zahlung für Versuch u. Gegenstände aus  
**Gold**  
**Silber**  
**Platin**  
**Alte Gebisse**  
**Drillanten**  
**Hauffe**  
Deutscherweg 94, Tel. 3790  
Mag. Dr. Steinmetz, Mag. Dr. Steinmetz, Mag. Dr. Steinmetz

**Louisjordan**  
hat Herr Dr. med. H. H. H. mit Obermedizinalrat  
**Jacob-Wisla**  
**Standesamts-Nachrichten.**  
Magdeburg-Mitte.  
Todesfälle. 12. September. Herr Arbeiter Wilhelmine Parlow geb. Gieseler, 67 J. Bern. Heiler Sophie Kabe geb. Pimg, 73 J. Saige, 6. des Arbeiters Wilhelm Kiefer aus Schwabed. Angewandte E. des Buchbinders Friedrich Schiller, 6 J. Kula, 2. des Arbeiters Will Rurth, 3 J. Helmut E. des Formgehers Rudolf Rurth, 1 J. Kaufmann August Herr, 62 J. Bern. Arbeiter Wilhelmine Braunkühn geb. Knäuper, 65 J.  
Magdeburg-Sudenburg.  
Todesfälle. 11. Septbr. Kaufm. Beamt. Herr Edeing. 55 J. Hausmädchen Martha Bied, 26 J. Ehefrau des Malers Edmund Lutz geb. Deide, 31 J. Schlosser Paul Schröder, 36 J. Hausmädchen Eil. Bänder, 15 J. Kraftfahrer Will. Bodenbusch, 51 J. Witwe Karoline Dohms geb. Wölke, 68 J. Buchhalter Hans Baatje, 70 J. Dorstener geb. Edda Hecker geb. Symons geb. Guffat, 57 J. Witwe Karoline Hecker geb. Kämmer, 76 J.  
Magdeburg-Friedrichstadt.  
Todesfälle. 11. Septbr. Privatmann Wilhelm Rupp, 76 J. Konfirmande Selma Engel, 20 J.  
12. Septbr. Unteroffizier Oskar Seydau, 24 J. Ehefrau des Arbeiters Emilien Friedrich Bedding, 64 J. geb. Reuter, 71 J.  
Magdeburg-Sudenburg.  
Todesfälle. 11. Septbr. Frau E. des Schlossers Peter Wilhelm, 1-5 Jahre geb. Reuter, 58 J. geb. Reuter, 58 J.

**3-4-Zimmer**  
ebent. Hofwohnung, neu renoviert, 3 Zimmer, 3 Bäder, in bester Lage, sofort zu beziehen. Off. u. 86888 an d. Exp. H. H.



